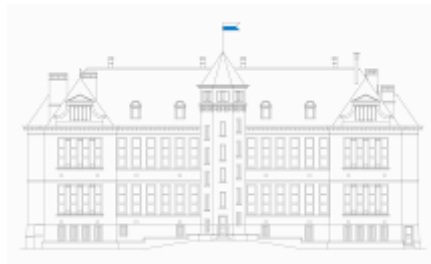


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Der Europäische Rat (ER) wurde zum letzten Mal unter dem Vorsitz der rotierenden Präsidentschaft, allerdings gemäß dem Lissabonvertrag ohne die Außenminister, abgehalten. Ab 01.01.2010 wird der ER unter dem Vorsitz von *Präsident Herman von Rompuy* tagen, der die Fachminister je nach Bedarf zulassen will. Die Bundeskanzlerin hat sich dafür eingesetzt, dass der ER einmal im Jahr eine Aussprache zu Fragen der EU-Außenbeziehungen führe, zu der die Außenminister hinzugezogen werden sollen. Im institutionellen Bereich rückte der ER die Umsetzung des neuen Vertrages, insbesondere die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und die Annahme von Gesetzgebungsvorschlägen zur Bürgerinitiative, in den Vordergrund. Als Signal an die Kopenhagener Klimakonferenz stellte der ER einen Betrag von 7,2 Mrd. € für die Finanzierung von Sofortmaßnahmen, insbesondere in den Entwicklungsländern von 2010 bis 2012, mit einem deutschen Anteil von 1,26 Mrd. € bereit. Zudem verabschiedete er das Stockholmer Programm zur Weiterentwicklung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes für die Jahre 2010 – 2014. Weiterhin forderte der ER eine Bewertung der Lissabon-Strategie und die Ausarbeitung einer neuen Strategie „EU 2020“ (s. EB 21/09) bis zum Frühjahrsgipfel am 25./26.03.2010. Ratspräsident *von Rompuy* kündigte zur Vorbereitung einen Sondergipfel im Februar an. Der ER wies auf die ersten Anzeichen einer Stabilisierung der Wirtschaftslage hin und forderte die Entwicklung einer Exit-Strategie für den Ausstieg aus den breitangelegten Konjunkturmaßnahmen spätestens ab 2011. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise forderte der ER den IWF auf, u. a. eine globale Steuer für Finanztransaktionen (Tobinsteuer), zu prüfen und begrüßte Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Begrenzung von Vergütungspraktiken (Boni). Im außenpolitischen Bereich hat der ER Erklärungen zum Iran und Afghanistan angenommen und die Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten vom 08.12.2009 zur Erweiterung gebilligt. Der ER erzielte ferner Einvernehmen zum Vorschlag der Bundeskanzlerin, dass der jetzige Europaabteilungsleiter im Bundeskanzleramt *Uwe Corsepius* Mitte 2011 neuer Generalsekretär des Rates werden soll (siehe auch die Beiträge aus den Ressorts).



Schlussfolgerungen des ER unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten zu Erweiterungsfragen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/111832.pdf

NEUE KOMMISSION: ANHÖRUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat zur Information über das Anhörungsverfahren der neuen Kommission vom 11.01. bis 19.01.2010 eine spezielle Webseite eingerichtet und wird in Kürze den genauen Zeitplan veröffentlichen. Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat seine Schreiben an die einzelnen Kommissare mit ihrer Aufgabenbeschreibung ebenfalls öffentlich gemacht.

Informationen zum Anhörungsverfahren im EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/hearings>

Aufgabenbeschreibung der Kommissare unter:

http://ec.europa.eu/commission_designate_2009-2014/mission_letters/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EUROPÄISCHER RAT AM 10./11.12.2009 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Der Europäische Rat hat mit dem Stockholmer Programm ein neues Fünfjahresprogramm für den Bereich Justiz und Inneres von 2010 bis 2014 angenommen. Es steht unter dem Titel „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“. Innenminister *Joachim Herrmann* kritisierte die Aussagen zu Asyl und Migration. Sehr zufrieden äußerte er sich dagegen über die Aufnahme einer bayerischen Initiative für bessere Polizeizusammenarbeit. Die Europäische Kommission wird darin beauftragt, eine Durchführbarkeitsstudie zu einem europäischen polizeilichen Kriminalaktennachweissystem vorzulegen.

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2009/517.php>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17024-re02.de09.pdf>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/09/6&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KONFERENZ DER KOMMISSION ZUM GEPLANTEN VIERTEN AKTIONS-PROGRAMM STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT 2011-2020

Die Kommission hat mit einer Konferenz ihre Konsultationen zum geplanten 4. Aktionsprogramm der EU für Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 abgeschlossen, an der sich das Bayerische Staatsministerium des Innern als einzige Behörde einer Region beteiligt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1863&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DRITTES KATASTROPHENSCHUTZFORUM DER KOMMISSION

Zum von der Kommission veranstalteten Katastrophenschutzforum „Auf dem Weg zu einer widerstandsfähigeren Gesellschaft“ kamen über 800 Fachleute aus Behörden, Organisationen und Industrie zum Informations- und Erfahrungsaustausch zusammen. Hauptthemen waren Prävention und Vorbereitung auf Katastrophen, gemeinsame Bedürfnisse nach Katastrophen, die Vorbereitung der Bevölkerung, eine Bestandsaufnahme der EU-Zusammenarbeit und Beispiele für Kooperation und geteilte Ressourcen außerhalb der EU.

<http://ec.europa.eu/environment/civil/forum2009/index.htm>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/556&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EUROPÄISCHER RAT AM 10./11.12.2009 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ: STOCKHOLMER PROGRAMM ANGENOMMEN

Der Europäische Rat hat ein neues Fünfjahresprogramm für den Bereich Justiz und Inneres von 2010 bis 2014 unter dem Titel „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“ angenommen. Aus rechtspolitischer Sicht soll der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen weiter im Mittelpunkt stehen. Zudem werden Vorhaben in den Bereichen Zivilrecht, Strafrecht, Strafvollzug, E-Justiz sowie Aus- und Fortbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten genannt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/09/6&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17024-re02.de09.pdf>



GEMEINSCHAFTSPATENT: FORTSCHRITTE, ABER NOCH KEIN ENTSCHEIDENDER DURCHBRUCH

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit hat sich über Schlussfolgerungen zur Verbesserung des Patentsystems in Europa und über den wesentlichen Inhalt der seit 9 Jahren diskutierten Verordnung über das Gemeinschaftspatent geeinigt. Neben der Sprachenfrage sind jedoch auch noch Rechtsfragen zur Kompatibilität des vorgeschlagenen einheitlichen Patentgerichtssystems mit den Europäischen Verträgen zu klären.

EUGH: KEIN AUTOMATISCHER ZUGANG ZUM REFERENDARIAT FÜR JURISTEN AUS ANDEREN EU-STAATEN

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass der Zugang eines Juristen aus einem anderen EU-Staat zum Vorbereitungsdienst für die juristischen Berufe eines Mitgliedstaats von umfangreichen und vertieften Kenntnissen des innerstaatlichen Rechts abhängig gemacht werden darf, solange es an einer Harmonisierung der Bedingungen für den Zugang zu Vorbereitungsdiensten für die juristischen Berufe fehlt.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11. DEZEMBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Schwerpunkte des Europäischen Rates vom 10./11. Dezember 2009 waren verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Strategien für den Rückzug aus der Unterstützung für den Finanzsektor, das Gesamtpaket zur Stärkung der Finanzaufsicht in der EU, Maßnahmen zur Prävention von Finanzkrisen, die Strategie EU 2020 sowie zeitliche Vorgaben für die Überprüfung des EU-Haushalts („budget review“) und die Kommissionsvorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Daneben wurde diskutiert, wie die EU am besten zu einem erfolgreichen Abschluss der Kopenhagener Klimaschutzkonferenz beitragen kann. Dabei ging es insbesondere um eine Anschubfinanzierung für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf



EU-HAUSHALT 2010: ZWEITE LESUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Am 17. Dezember 2009 hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung im Plenum abschließend über den EU-Haushalt 2010 abgestimmt. Im November hatte bereits der Rat - nach Verständigung mit einer Delegation des Europäischen Parlaments im Rahmen der üblichen Konzertierung - in zweiter Lesung den EU-Haushalt 2010 angenommen. Der Präsident des Europäischen Parlaments kann den Haushalt nunmehr endgültig feststellen. Die Gesamtsumme der Zahlungsermächtigungen, also der Zahlungen, die die EU 2010 tatsächlich tätigen kann, beläuft sich auf rund 122,9 Mrd. € (1,04 % des Bruttonationaleinkommens). Dies entspricht einer Steigerungsrate von rund 5,7 % gegenüber 2009.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20091215IPR66441/20091215IPR66441_de.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT STIMMT EINRICHTUNG EINES NEUEN MIKROFINAN-ZIERUNGSINSTRUMENTS FÜR UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN ZU

Das Europäische Parlament hat am 15. Dezember 2009 der Einrichtung eines neuen Mikrofinanzierungsinstruments zugestimmt, das Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder zu verlieren drohen, helfen soll, Kredite für Unternehmensgründungen zu bekommen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0106+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11. DEZEMBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Der Europäische Rat bekräftigte am 11. Dezember 2009 die im ECOFIN gefundene Ausrichtung über die Struktur der im Jahre 2010 zu errichtenden Europäischen Finanzaufsicht (s. EB 21/2009) und rief dazu auf, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zügig abzuschließen. Der Europäische Rat führte weiter eine erste Orientierungsaussprache hinsichtlich der Nachfolgestrategie zur Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung „EU-



2020“, mit der die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden soll (s. hierzu ebenfalls EB 21/2009). Die Kommission wurde gebeten, hierzu Anfang 2010 eine Arbeitsgrundlage vorzulegen.

ERGEBNISSE DES ENERGIEMINISTERRATES VOM 7. DEZEMBER 2009

Als einzige echte Entscheidung beschlossen die EU-Energieminister am 7. Dezember 2009, dass die neue EU-Agentur für die Zusammenarbeit der nationalen Energieregulierungsbe-hörden (ACER) in der slowenischen Hauptstadt Laibach (Ljubljana) angesiedelt wird. Darüber hinaus nahmen die Minister Kenntnis vom Sachstand der drei Vorschläge im Bereich Energieeffizienz (Richtlinie zur Kennzeichnung von Reifen, Richtlinie zur Energieverbrauchs-kennzeichnung und Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz). Im Zusammenhang mit der Sicherheit der Energieversorgung nahm der Rat einen Fortschrittsbericht über den Vor-schlag für eine Gasversorgungssicherheitsverordnung sowie eine Verordnung zur Benach-richtung der Kommission über Investmentprojekte im Bereich Energieinfrastruktur zur Kenntnis und hielt einen Austausch über eine Mitteilung der Kommission zum sog. „SET-Plan“.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/111791.pdf

TAGUNG DES RATES WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Bei der Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit am 4. Dezember 2009 beschlossen die Minister als Beitrag zur sog. „Post-Lissabon-Agenda 2010“ – EU-2020 - Schlussfolgerungen „Hin zu einem wettbewerbsfähigen, innovativen und ökoeffizienten Europa“, „Prioritäten für den Binnenmarkt“ sowie eine Agenda zur besseren Rechtsetzung. Weiter beschlossen sie eine allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag für ein EU-Gemeinschaftspatent. Hierzu s. Beitrag im Bereich des StMJV.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/111732.pdf

AUFTRAG ZUM BAU DER ERSTEN GALILEO-SATELLITEN VERGEBEN

Nach einer Mitteilung des Dow-Jones-Newsletters vom 14. Dezember 2009 geht der Auftrag zum Bau der ersten acht Satelliten für das europäische Navigationssystem Galileo an OHB-Technology in Bremen. OHB hat sich damit gegen die EADS-Tochter Astrium durchgesetzt.



EUROPÄISCHES PARLAMENT STIMMT EINRICHTUNG EINES NEUEN MIKROFINAN-ZIERUNGSINSTRUMENTS FÜR UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN ZU

Das Europäische Parlament hat am 15. Dezember 2009 der Einrichtung eines neuen Mikrofinanzierungsinstruments zugestimmt, das Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder zu verlieren drohen, helfen soll, Kredite für Unternehmensgründungen zu bekommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0106+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSAR SAMECKI STELLT SEIN ORIENTIERUNGSPAPIER VOR

Am 3. Dezember 2009 hat der Kommissar für Regionalpolitik, *Pawel Samecki*, der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik, seine Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik vorgestellt. Dabei sprach er sich für die Fortführung der bisherigen Ziele aus. Die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sehe sich weiterhin mit der Globalisierung konfrontiert. Der Wandel zur kohlenstofffreien und wissensbasierten Innovationsgesellschaft müsse von den Mitgliedstaaten aktiv gestaltet werden. Zugleich müssten die Produktions- und Humankapitalbedingungen sowie die Infrastruktur in den schwächeren Regionen gestärkt und besser mit den stärkeren Regionen verknüpft werden. Im Hinblick auf die Ostsee- und Donaustrategie unterstrich *Samecki* die Bedeutung makroregionaler Strategien.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/samecki/pdf/2009/2009_12_03_orientation_paper.pdf

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUE AUSGABE DES BEIHILFENANZEIGERS

Die Europäische Kommission hat am 7. Dezember 2009 die neueste Ausgabe des Beihilfenanzeigers veröffentlicht. Sie zeigt, dass sich das Beihilfevolumen in der EU während der Finanzkrise von 2007 auf 2008 fast verfünffacht hat. Dies sei aber nicht zu Lasten des Binnenmarkts gegangen.

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/studies_reports.html



KOMMISSION BEWILLIGT IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN KONJUNKTURPRO-GRAMMS MEHR ALS 1,5 MRD. € FÜR CCS- UND OFFSHORE-WINDENERGIEPROJEKTE

Die Europäische Kommission hat am 9. Dezember 2009 15 Energieprojekte genehmigt, die erheblich zur Konjunkturbelebung beitragen und dabei sowohl die Energieversorgungssicherheit verbessern als auch die CO₂-Emissionen deutlich senken sollen. Die Kommission fördert sechs Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und –speicherung (CCS) mit einer Milliarde € und neuen Offshore-Windenergie-Projekte mit 565 Mio. €.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/543&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/542&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE KOMMISSION UND EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK RICHTEN FAZILITÄT FÜR TECHNISCHE HILFE (ELENA) EIN

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben, um die Mobilisierung von Mitteln für Investitionen in nachhaltige Energieprojekte der Städte und Regionen zu erleichtern, eine Fazilität für technische Hilfe namens ELENA (European Local ENergy Assistance) eingerichtet. Die Mittel hierfür werden aus dem Programm „Intelligente Energie Europa“ bereitgestellt.

http://www.eib.org/products/technical_assistance/elena/index.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 14.-16.12.2009 IN BRÜSSEL

Vom 14.–16.12.2009 tagten die Agrarminister in Brüssel unter schwedischer Ratspräsidentschaft und zum ersten Mal nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Eine politische Einigung erzielte der Rat über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen. Es fand ein Meinungsaustausch zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) statt, bei dem die Mitgliedstaaten die Bemühungen der Kommission zur Vereinfachung begrüßten, aber auch weitergehende Maßnahmen forderten. Eine ausführliche Diskussion führten die Mitgliedstaaten zur Zukunft der GAP, insbesondere zur Entwicklung des ländlichen Raums, bei der Mitgliedstaaten



ihre jeweiligen Erwartungen darstellten und die Bedeutung der ländlichen Entwicklung betonten. Kommissarin *Fischer Boel* berichtete im Rahmen des vierteljährlichen Milchmarktberichts über eine weitere Markterholung im Sektor.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/11950.pdf

KOSTENERSTATTUNGEN FÜR TGD VERSTOSSEN NICHT GEGEN EU-RECHT

Nach jahrelangen Verhandlungen mit Bayern, hat die Kommission am 15.12.2009 bestätigt, dass die Kostenerstattungen für den bayerischen Tiergesundheitsdienst (TGD) nicht gegen EU-Recht verstoßen. Gemäß einer deutschen Regelung sind Kostenerstattungen an den TGD für Vorsorgemaßnahmen im Bereich Milch- und Fleischerzeugung sowie der Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Fischzucht seit 1974 vorgesehen. Die Kommission hat ein Verfahren zur Untersuchung staatlicher Beihilfen nach einer Beschwerde eingeleitet. Die Kommission kommt nun zu dem Schluss, dass die Ausgleichszulagen für Landwirte und Fischer keine Beihilfe im Sinne des Artikels 107 des Vertrages darstellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1936&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

EUROPÄISCHER RAT AM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

Agrarpolitische Themen waren nicht Gegenstand des Europäischen Rates vom 10./11.12.2009, dem ersten nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Berührungspunkte ergeben sich bei den Schlussfolgerungen zur Strategie für die nachhaltige Entwicklung, wobei dringendes Handeln erforderlich ist, um dem gegenwärtigen Verlust an biologischer Vielfalt und natürlichen Ressourcen entgegenzuwirken. Dies sollte auch mit der künftigen EU-Strategie „EU 2020“ verknüpft werden. Hinsichtlich der Haushaltsüberprüfung wird die Kommission aufgefordert, einen Bericht vorzulegen, damit im Laufe des Jahres 2010 Leitlinien zu den Prioritäten vorgegeben werden können. Der Vorschlag für den nächsten mehr-jährigen Finanzrahmen soll bis spätestens Juli 2011 vorgelegt werden. Im Rahmen des Kopenhagener Übereinkommens sollen finanzielle Mittel bereit gestellt werden, u.a. im Bereich der Wald- und Forstwirtschaft und im Schwerpunkt für die gefährdeten und am wenigsten entwi-



ckelten Länder.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

EU-BÜRGER KÖNNEN ÜBER DAS NEUE EU-BIO-LOGO ABSTIMMEN

Seit dem 07.12.2009 können die Bürger der Europäischen Union über ein neues EU-Bio-Logo online abstimmen. Mithilfe des neuen Logos soll der Verbraucherschutz verbessert und die biologische Landwirtschaft gefördert werden. Zur Wahl stehen drei verschiedene Kennzeichnungen, über die bis zum 31.01.2010 abgestimmt werden kann. Das neue Bio-Logo soll für alle vorverpackten biologischen Erzeugnisse verpflichtend sein, die aus den 27 Mitgliedstaaten stammen und die Kennzeichnungsnormen erfüllen.

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1883&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION STARTET NEUE PUBLIKATIONSSERIE ZUR ANALYSE DER GAP

Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat eine neue Publikationsreihe eingeführt, sogenannte „Policy Briefe“ zu agrarpolitischen Themen. Die Briefe werden im Hinblick auf Debatten über die Zukunft der GAP, politische Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik von einem analytischen Winkel aus betrachten. Der erste zu veröffentlichende Brief behandelt die Entwicklung der GAP innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte und berücksichtigt die momentane Position der Politik nach den jüngsten Reformen.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/375.htm>

BERGLANDWIRTSCHAFT HAT AUCH ZUKÜNFTIG PLATZ IN DER GAP

Kommissarin *Fischer Boel* bestätigte auf einer Konferenz zur Zukunft der Berglandwirtschaft in Alpbach (Österreich) am 06./07.12.2009, dass die Bergregionen in der GAP eine Zukunft haben. Die Berglandwirtschaft hat inzwischen eine starke Stimme in der politischen Arena und in der Diskussion zur GAP nach 2013. Berggebiete könnten zukünftig in der zweiten Säule besonders berücksichtigt werden, auf Grundlage realer, objektiver Kriterien. Gleichzeitig stellte die Kommissarin ein neues Arbeitsdokument der Kommission „New Insights into Mountain Farming in the European Union“ vor, in der die derzeiti-



ge Situation der Berglandwirtschaft dargestellt ist. In der Konferenz machte Staatsminister *Helmut Brunner* deutlich, dass neue Wege der Vermarktung notwendig sind, um die Zukunft der Berglandwirtschaft in Zukunft zu sichern.

http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/publi/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/573&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

NIKOLAUSEMPFANG DES HAUPTVERBANDES DES DEUTSCHEN EINZELHANDELS IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG: „PREISBESCHERUNG: WER BESTIMMT ANGEBOT UND PREISE?“

Der Nikolausempfang des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) fand dieses Jahr am 02.12.2009 in den Räumlichkeiten der Bayerischen Vertretung in Brüssel statt. Zentrales Thema der Podiumsdiskussion war die Mitteilung der Kommission vom 28.10.2009: „Die Funktionsweise der Lebensmittelkette in Europa verbessern“. Dabei wurde deutlich, dass die Marktbeteiligten einer erhöhten Transparenz grundsätzlich zustimmen. Allerdings sollten aus Sicht des Handels keine staatlichen Wettbewerbsregeln vorgegeben werden. An der Podiumsdiskussion nahmen MdEP *Albert Deß* (EVP/CSU), *Martin Van Driel* (Mitglied im Kabinett von Agrarkommissarin *Fischer Boel*), *Alain Galaski* (Generaldirektor Europäischer Markenverband) und *Rainhard von Leoprechting* (Präsident des europäischen Handelsdachverbands EuroCommerce) teil.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Einen der Schwerpunkte der Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 2009 bildete die Verabschiedung des neuen Mehrjahresprogramms der Europäischen Union für den Bereich Justiz und Inneres (sog. „Stockholmer Programm“). Mit Blick auf die von der Europäischen Kommission am 24. November 2009 eingeleiteten Konsultation zur EU 2020-Strategie, dem Nachfolgeprogramm der Lissabon-Agenda für Wachstum und Beschäftigung (s. EB 21/2009), wiesen die Staats- und Regierungschefs auf die Bedeutung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie der Ge-



schlechtergleichstellung hin.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT: PRÜFUNG DER GRENZWERTE BEI SPIELZEUGRICHTLINIE AUFGRUND AKTUELLER WISSENSCHAFTLICHER ERKENNTNISSE

Das Europäische Parlament (EP) hat aufgrund neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) fast ein Jahr nach ihrer Verabschiedung am 14. Dezember 2009 in Straßburg die EU-Richtlinie zur Spielzeugsicherheit nochmals aufgegriffen. Als Reaktion auf ein Gutachten des Bundesinstituts für Risikoforschung, das Gegenstand einer kurzfristig anberaumten mündlichen Anfrage an EU-Industriekommissar *Günter Verheugen* bildete, forderten die Europaabgeordneten *Dr. Anja Weisgerber* (CSU) und *Dr. Andreas Schwab* (CDU) die Kommission dazu auf, die Studie zu überprüfen und wenn nötig einen Vorschlag für neue Grenzwerte vorzulegen.

<http://www.cducsu.eu/content/view/6281/4/>

EU-KOMMISSION: ENTWURF FÜR GEMEINSAMEN BESCHÄFTIGUNGSBERICHT 2009 VORGESTELLT

Die Europäische Kommission hat am 15. Dezember 2009 den Entwurf für einen Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2009 vorgestellt. Die Untersuchung beschreibt u.a. die wesentlichen Reformen der Mitgliedstaaten auf dem Arbeitsmarkt und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Eindämmung der Folgen der Wirtschaftskrise. Nach Auffassung der Kommission habe die finanzielle Unterstützung der EU aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sowie Maßnahmen zur Reaktion auf die Krise dazu beitragen können, die negativen Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs auf die europäischen Arbeitsmärkte zu verhindern. Um einen erfolgreichen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen, seien diese Maßnahmen jedoch mit langfristigen Reformen im Beschäftigungsbereich abzustimmen. Der Bericht soll einen Beitrag zur Vorbereitung des Nachfolgeprogramms der „Lissabon-Strategie“ und Diskussionsgrundlage des Beschäftigungs- und Sozialministerrats im Frühjahr 2010 bilden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=654&furtherN>



[ews=yes](#)

EUROPÄISCHER TAG DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN 2009: BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LE- BEN

Als Beitrag für die weitere Entwicklung des EU-Aktionsplans für Menschen mit Behinderung führte die EU-Kommission am 3./4. Dezember 2009 ihre Konferenz zum „Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen“ in Brüssel durch. Die Tagung in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Dachverband für Menschen mit Behinderungen (EDF) bildete die letzte Veranstaltung dieser Art unter dem gegenwärtigen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen 2003-2010. Die Schlussfolgerungen sollen in die künftige Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung 2010-2020 einfließen. Schwerpunktthema bildete die Frage, wie das Recht von Menschen mit Behinderungen auf ein selbstbestimmtes Leben in die Tat umgesetzt werden kann, insbesondere durch wirtschaftliche Eigenständigkeit, gemeinschaftsbasierte Dienstleistungen und technische Hilfsmittel. Die EU hatte am 26. November 2009 ihre Zustimmung zum Beitritt der EU zum Übereinkommen der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderung gegeben.

http://www.edf-feph.org/Page_Generale.asp?DocID=13855&thebloc=23191

MITARBEITERVERTRETUNG: STUDIE DER EUROPÄISCHEN STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Fast zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU werden durch eine Form der Mitarbeitervertretung abgedeckt, wobei jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie von „Eurofound“, der europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dabei wurden Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in über 21.000 Unternehmen zum sozialen Dialog am Arbeitsplatz befragt. Zudem untersucht die Studie Flexibilitätspraktiken am Arbeitsplatz, Arbeitszeiten und leistungsbezogene Bezahlung.

<http://www.eurofound.europa.eu/surveys/companysurvey/2009/index.htm>

EUROSTAT: STATISTISCHE ERHEBUNG ÜBER LEBENSSITUATION JUNGER MENSCHEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Junge Menschen in der EU sind häufiger befristet beschäftigt. Dies geht aus



einer Erhebung über die Lebenssituation junger Menschen in der EU hervor, die die Statistikbehörde Eurostat am 10. Dezember 2009 veröffentlichte. Danach hatten im vergangenen Jahr nahezu vier von zehn Arbeitnehmern im Alter von 15 bis 24 Jahren befristete Verträge, während der Anteil bei den 30- bis 54-jährigen bei weniger als einem von zehn Arbeitnehmern lag. In Deutschland haben 56,3 Prozent der 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmer eine befristete Beschäftigung, während der Anteil unter den älteren Arbeitnehmern auf 6,9 Prozent beziffert wird. Zudem haben dem Bericht zufolge junge Menschen mit geringer Bildung in allen europäischen Ländern größere Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen mit geringem Bildungsniveau liegt bei 19,2 Prozent (Deutschland: 23,2 Prozent), während unter den Hochqualifizierten 5,9 Prozent (Deutschland: 4,2 Prozent) keine Arbeit haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/177&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf der Tagung des Europäischen Rates am 10./11.12.2009 dafür ausgesprochen, sich im Rahmen der künftigen EU-Strategie bis 2020 auch mit der Stärkung der Wissensbasis der europäischen Volkswirtschaften zu befassen. Nähere Ausführungen sind dazu nicht erfolgt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT HANDBUCH ZU COMENIUS- ASSISTENZZEITEN FÜR GASTEINRICHTUNGEN UND ASSISTENZKRÄFTE

Gestützt auf die Erfahrungen von Assistenzkräften, Gasteinrichtungen und Nationalen Agenturen hat die Europäische Kommission ein Handbuch zu COMENIUS-Assistenzzeiten veröffentlicht, das zukünftigen Gasteinrichtungen und Assistenzkräften durch konkrete Hilfestellungen und Ratschläge helfen soll, einen möglichst großen Nutzen aus den Assistenzzeiten zu ziehen.



http://ec.europa.eu/education/comenius/doc/assistant_de.pdf

KOMMISSION UND OECD LEGEN BERICHT ZUR BERUFLICHEN ENTWICKLUNG VON LEHRKRÄFTEN IN EUROPA VOR

Einem gemeinsamen Bericht von Europäischer Kommission und OECD zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften in Europa zufolge wünschen sich über 50 % der befragten Lehrkräfte mehr Fortbildungen und ein größeres Angebot an berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten, das auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Grundlage des Berichts ist die internationale OECD-Umfrage zu Lehren und Lernen in der Praxis (TALIS) (vgl. EB 12/2009).

http://ec.europa.eu/education/school-education/doc1962_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beschlossen die Weiterentwicklung der Strategie „EU 2020“; eine Stärkung der Wissensbasis der Volkswirtschaften werde angestrebt, in deren Mittelpunkt die Forschung und Innovation stehen.

Zugleich forderte der Europäische Rat neue Überlegungen zu der anzuwendenden Methodik.

ERGEBNISSE DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 04.12.2009

Im Forschungsteil des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 04.12.2009 in Brüssel standen neben der Verabschiedung des scheidenden Forschungskommissars *Janez Potočnik*, die Leitlinien für die künftigen Prioritäten der europäischen Forschung und forschungsgestützten Innovation im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 im Mittelpunkt. Ferner lag der Fokus auf der Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zur Gestaltung des Europäischen Forschungsraums (EFR), der Zukunft der IKT-Forschung sowie der gemeinsamen Programmplanung im Bereich der neurodegenerativen Krankheiten.

Für die kommende spanische Ratspräsidentschaft wurden folgende Schwerpunkte angekündigt: Die Vereinfachung der Verfahren (hierzu gebe es einen



Kommissionsbericht im Frühjahr 2010) und die Schaffung konkreter Indikatoren für EFR. In diesem Zusammenhang soll auch die zukünftige Rolle des Comité de la recherche scientifique et technique, englisch: Scientific and Technical Research Committee (CREST), erörtert werden. Die Mitgliedstaaten schätzten den Reformbedarf des seit fast vier Jahrzehnten bestehenden CREST angesichts der neuen, aus dem Lissabon-Vertrag resultierenden Anforderungen unterschiedlich ein. Zu den beiden Bereichen Verwaltungsvereinfachung und EFR – insbesondere der Strategie zum Thema Governance des EFR - kündigte die Kommission zwei Mitteilungen für das kommende Jahr an. Ziel sei u.a. die Berücksichtigung nationaler Programme für die europäische Forschungsförderung.

DOPPELTER ERFOLG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT MÜNCHEN IM WETTBEWERB UM DAS EUROPÄISCHE INSTITUT FÜR INNOVATION UND TECHNOLOGIE

Die Wissenschaftler der Technischen Universität München (TUM) haben einen großen Erfolg im Wettbewerb um das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) errungen: Sie sind gleich an zwei von drei möglichen Wissens- und Innovationsgemeinschaften (sog. KICs) beteiligt und gehören damit zu den Gründern des europäischen Prestigevorhabens EIT - Europas Antwort auf das amerikanische MIT. Der EIT-Verwaltungsrat gab am Abend des 16.12.2009 in Budapest bekannt, dass die Entscheidung auf den Vorschlag „Climate Change Mitigation and Adaptation“ unter der Konsortialführung des Imperial College London sowie auf den Vorschlag „Future information and communication society: EIT ICT Labs“ unter der Führung von Nokia fiel. Beide Projekte sind unter der Mitwirkung der Wissenschaftler der TUM in einer rund einjährigen Vorbereitungszeit konzipiert worden. Die ausgewählten Projekte werden im März 2010 starten, die europäische Förderung der Projekte wird voraussichtlich rund 80 Mio. € p.a. betragen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EUROPÄISCHER RAT VOM 10./11.12.2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Zu Beginn der 15. UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen haben sich die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel vom 10./11.12.2009



abermals mit Klimaschutzfragen befasst. Unter Bekräftigung seiner Schlussfolgerungen vom 30.10.2009 (s. EB 19/2009) konnten durch den Europäischen Rat erstmals konkrete Finanzhilfen für den Zeitraum von 2010 bis 2012 in der Höhe von jährlich 2,4 Mrd. € für Sofortmaßnahmen in Entwicklungsländern beschlossen werden. Im Gegenzug hierfür sollen sich die Entwicklungsländer in Kopenhagen zu konkreten und überprüfbaren Treibhausgasminderungen verpflichten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

FORSCHUNGSBERICHT ZU ZUKÜNFTIGEN KLIMAKOSTEN IN EUROPA

Am 25.11.2009 hat die gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Center – JRC) der Kommission den Forschungsbericht „Auswirkungen des Klimawandels in Europa“ (Climate change impacts in Europe) im Rahmen des Forschungsprojektes PESETA (Projection of Economic impacts of climate change in Sectors of the European Union based on bottom-up Analysis) veröffentlicht. Modellhaft wurden dabei die Auswirkungen von Klimaänderungen auf Landwirtschaft, Hochwasserereignisse, Küstensysteme, Tourismus und Gesundheitswesen sowie die sich daraus ergebende gesamtwirtschaftliche Situation untersucht.

<http://ftp.jrc.es/EURdoc/JRC55391.pdf>

KOMMISSION BEWILLIGT IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN KONJUNKTURPROGRAMMS MEHR ALS 1,5 MRD. € FÜR CCS- UND OFFSHORE-WINDENERGIEPROJEKTE

Die Europäische Kommission hat am 09.12.2009 15 Energieprojekte genehmigt, die erheblich zur Konjunkturbelebung beitragen und dabei sowohl die Energieversorgungssicherheit verbessern als auch die CO₂-Emissionen deutlich senken sollen. Die Kommission fördert sechs Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) mit einer Mrd. € und neuen Offshore-Windenergie-Projekte mit 565 Mio. € (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/543&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/542&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



GEMEINSAMER FORSCHUNGSPLAN ZUR BEKÄMPFUNG VON ALZHEIMER

Mit Schlussfolgerungen vom 03.12.2009 hat sich der Rat für eine gemeinsame Programmplanung im Bereich der Erforschung von Alzheimer und verwandten degenerativen Erkrankungen des Nervensystems ausgesprochen. Das Projekt greift die Kommissionsmitteilung über eine europäische Initiative zur Alzheimer-Krankheit und einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates (siehe EB 14/09), sowie eine Entschließung des Europäischen Parlaments zur gemeinsamen Forschungsplanung auf (siehe EB 20/09). Das koordinierte Zusammenführen von Fachwissen und Ressourcen soll u. a. Prävention, Diagnose und Behandlung dieser Krankheiten verbessern und dadurch auch die nationalen Gesundheitssysteme entlasten. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, unterstützt von der Kommission, eine gemeinsame strategische Forschungsagenda zu entwickeln.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/111721.pdf

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN FÜR DEN GESCHÄFTS-BEREICH IUK- UND MEDIENPOLITIK

Im Telekommunikationsbereich setzt die zukünftige spanische Ratspräsidentschaft nach derzeitigen Plänen Schwerpunkte bei der Entwicklung des "Internet of the future". Priorität hat dabei die Ausweitung der Internetgrundversorgung, insbesondere mit Breitband, sowie die Entwicklung von Next Generation Networks (NGN), die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA), eine neue Strategie 2010-2015 zur Förderung der Richtlinien zur Europäischen Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung (i2010) und ein europäischer Aktionsplan zum E-Government 2010-2015.

Im Bereich Medienpolitik möchte sich die Ratspräsidentschaft verstärkt der Verbreitung europäischen Filmschaffens widmen sowie der Entwicklung kreativer Online-Inhalte unter Beachtung der Interessen der Rechteinhaber und dem Fortschrittsbericht der digitalen Bibliothek EUROPEANA.



EUGH-URTEIL ZUR TKG-AUSNAHMEREGLUNG FÜR NEUE MÄRKTE

Der EUGH hat am 03.12.2009 § 9a des deutschen Telekommunikationsgesetzes, der sog. „neue Märkte“ wie etwa das VDSL-Netz der Telekom von der Regulierung ausnimmt, für nicht europarechtskonform erklärt. Danach werden „neue Märkte“ nur dann von der Bundesnetzagentur reguliert, wenn sonst der Wettbewerb „langfristig“ behindert wird. Die Bestimmung geht auf die Koalitionsvereinbarung der ehemaligen Bundesregierung zurück, die zur Förderung eines schnellen Hochgeschwindigkeitsnetzaufbaus für die „neuen Märkte“ eine „ex post“-Regulierung – also erst nach erfolgtem Netzaufbau – festlegte. Wettbewerber der Telekom und die Kommission kritisierten dies als unzulässige „Regulierungsferien“ für das VDSL-Netz der Telekom. Die EU klagte daraufhin wegen befürchteter Wettbewerbsverletzung im Juni 2007 vor dem EUGH.

EU-MITGLIEDSLÄNDER RATIFIZIEREN INTERNATIONALE VERTRÄGE AUF DEM GEBIET DES URHEBERRECHTS

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben am 14.12.2009 zum Schutz der Kreativen zwei bedeutende internationale Verträge der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ratifiziert. Mit diesen sog. „Internet“-Verträgen soll das Urheberrecht weltweit an die besonderen Bedingungen im Internet angepasst werden. Der erste Vertrag betrifft das Urheberrecht (WIPO Copyright Treaty – WCT), in dem zweiten geht es um Darbietungen und Tonträger (WIPO Performance and Phonogramme Treaty – WPPT). Beide Verträge ergänzen die bestehenden internationalen Abkommen auf dem Gebiet des Urheberrechts.

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT STATISTIK ÜBER ZUGANG UND NUTZUNG DES INTERNETS IN DER EU

Das Statistische Amt der EU, Eurostat, hat am 08.12.2009 die Ergebnisse seiner Studie zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) durch Haushalte und Privatpersonen in den 27 Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten Norwegen, Irland und Serbien für das Jahr 2009 veröffentlicht. Insgesamt ist eine steigende Internetnutzung und ein Zuwachs an Breitbandanschlüssen zu verzeichnen.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-09-046/EN/KS-QA-09-046-EN.PDF



EU GIBT GRÜNES LICHT FÜR BREITBANDZUGANG IN ÖSTERREICH

Die EU-Kommission hat am 08.12.2009 grünes Licht für die neuen Bestimmungen im Bereich des Breitbandzugangs in Österreich gegeben. Zuvor hatte die Kommission ernsthafte Bedenken an der ursprünglich von der österreichischen Regulierungsbehörde „Rundfunk- und Telefonregulierungs-GmbH“ (RTR) angemeldeten Marktdefinition vom 03.09.2009 geäußert. Inzwischen habe die RTR aber „hinreichend nachgewiesen“, dass österreichische Privatkunden nun ohne größere Schwierigkeiten zwischen einem Internetanschluss über ein DSL- oder Fernseekabelnetz und einem mobilen Breitbandanschluss wechseln können.